

Objektyp: **Advertising**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **270 (1991)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundespolizei seien jedoch in den Bereichen Drogen- und Waffenhandel sowie Geldwäsche zu lange untätig gewesen. Bei der Bundespolizei kritisierte die PUK das Sammeln unnötiger und teilweise falscher Informationen sowie ein überholtes, gegen kritische Bürger ausgerichtetes Bedrohungsbild.

Tatsächlich war der *Staatsschutz* in wichtigen Bereichen ohne klare Richtlinien wahrgenommen worden: Über 900000 Fichen über Einzelpersonen und Organisationen waren allein bei der Bundespolizei angelegt worden; daneben existierten Tausende weiterer Karteikarten und Dossiers in Städten, Kantonen und beim EMD. Die Reaktion auf die Fichen-Affäre fiel so heftig aus, dass dieses Thema für Wochen die gesamte eidgenössische Politik überschattete. Seitens der Linken wurde eine Volksinitiative zur Abschaffung der politischen Polizei angekündigt.

*

Die Zweifel hinsichtlich der Identität und Bestimmung der Eidgenossenschaft schlugen sich auch im Ergebnis der Volksabstimmung über die *Initiative «für eine Schweiz ohne Armee»* nieder. Mit 36,5% war der Ja-Stimmen-Anteil überraschend hoch, was wohl auch auf den ra-

santen Wandel des sicherheitspolitischen Umfeldes in Europa zurückzuführen war. Nachträgliche Analysen ergaben, dass das Lager der kompromisslosen Armeegegner einigermaßen konstant geblieben war, dass hingegen eine Mehrheit der Stimmenden (auch solcher, die ein Nein in die Urne geworfen hatten) substantielle Reformen wünschten. Insofern war das Resultat Ausdruck des Wertewandels in der schweizerischen Gesellschaft, die der Landesverteidigung nicht länger einen unantastbaren, privilegierten Status einzuräumen bereit war.

Die Resultate der übrigen eidgenössischen *Abstimmungen* entsprachen den Erwartungen. Am 4. Juni 1989 wurde die sog. «Kleinbauern-Initiative» mit hauchdünner Mehrheit (50,1%) verworfen – ein Warnsignal an die Adresse der schweizerischen Agrarpolitik. Deutlich abgelehnt wurden (am 26. November) die Initiative «pro Tempo 130/100» sowie (am 1. April 1990) die sogenannten «Kleeblatt-Initiativen» gegen den Bau von drei geplanten Autobahn-Teilstücken (mit je rund 65% der Stimmen). Auch zwei Bundesbeschlüsse, gegen die das Referendum ergriffen worden war, fanden beim Souverän keine Gnade: Sowohl der Rebbaubeschluss als auch das sogenannte «Organisationsgesetz» (Bundesrechtspflege) wurden mit knappen Mehrheiten verworfen. (Abschluss: 14. Mai 1990)

flüssig
AMALGEROL®
Güllenverbesserer Nr. 1
Einfach – preiswert – Schweizer Qualitätsprodukt

- macht die Jauche wurzel- und bodenverträglicher durch Abbinden der Gase
- vermindert dadurch gleichzeitig Nährstoffverluste und
- reduziert den Geruch
- wirkt rasch
- ist langjährig bewährt
- Schweizer Fabrikat

Erkundigen Sie sich unverbindlich bei
(Prospekt verlangen):

Amelgo AG
Telefon 071/67 12 52

8580 Amriswil, Freiestrasse 7
(Vertreterbesuch nur auf Wunsch)